Frankfurter Allgemeine Zeitung, 15.07.2019, Nr. 161, S. 9

Eine Minderheit bahnte den Weg

Der Umbruch von 1989 in der DDR war das Werk von wenigen, die Normalbürger warteten ab. Erst als die großen Fragen entschieden waren, setzte sich das Volk in Bewegung. Zu aktuellen Versuchen, die ostdeutsche Revolution umzudeuten.

Von Ilko-Sascha Kowalczuk

Anfang Juli veröffentlichten Bürgerrechtler und Historiker einen offenen Brief, mit dem sie sich gegen eine geplante Festrede von Gregor Gysi in der Leipziger Peterskirche am 9. Oktober 2019 wandten - dem 30. Jahrestag der Freiheitsrevolution. Binnen weniger Tage schlossen sich diesem Protest rund achthundert Menschen an. Seither wird darüber heftig diskutiert. Verwundert reiben sich Beobachter die Augen: Sind die Gräben immer noch so tief wie in den 1990er Jahren? Schon damals wurden die kontroversesten Debatten nicht zwischen Ost und West, sondern zwischen Ostdeutschen ausgetragen. Die vielbeschworene Versöhnung konnte nicht stattfinden, weil die Verantwortlichen für die SED-Diktatur entweder beharrlich schwiegen oder jede Schuld von sich wiesen.

Nun, dreißig Jahre nach der Revolution, wird versucht, die Geschichte der Revolution umzuschreiben.

Gregor Gysi fährt unermüdlich durchs Land und preist seinen Beitrag zum Gelingen des Umbruchs in Ostdeutschland. Und in der F.A.Z. vom 12. Juli 2019 schrieb der renommierte Soziologe Detlef Pollack, es sei eine "Mär", dass ein paar Widerständige in der DDR entscheidend zur Revolution beigetragen hätten. Vielmehr hätten außenpolitische Umstände, innenpolitische Krisen, ein gelähmter Machtapparat und eine vom Glauben abfallende Mitgliedschaft der SED im Verbund mit SED-Reformern und der Massenflucht dazu beigetragen, dass der "Normalbürger" den Aufstand probte, siegte und letztlich die Mauer einriss. Die Bürgerbewegung kommt bei Pollack nicht einmal am Rande als maßgebliche Kraft vor.

Die Forschung ist sich, spätestens seit 2009, darin einig, dass der Umbruch in der DDR die wichtigsten Kriterien einer Revolution erfüllte. Es herrscht zudem Konsens, dass es keine tragfähigen monokausalen Erklärungen für Ursachen, Verlauf und Erfolg der Revolution gibt. Die von Pollack benannten Gründe spielten alle eine Rolle: Die neue Politik Gorbatschows. Die wirtschaftliche Krise in der DDR. Der schleichende Zerfall des Macht- und Staatsapparats. Die mächtige Ausreise- und Fluchtbewegung. Die Auflösung innerer Bindungskräfte in der DDR. Und nicht zuletzt die Erosion der SED: Immer mehr Mitglieder kündigten ihre Loyalität zur Parteiführung auf und setzten auf Reformen.

Aber anders als Pollack behauptet, gibt es in der Forschung auch einen Konsens darüber, dass die Bürgerbewegungen von entscheidender Bedeutung für die Revolution waren. Warum? Sie waren diejenigen, die im Sommer und Frühherbst überhaupt erst viele Menschen mobilisierten und motivierten, sich zu engagieren, auf die Straße zu gehen. Sie boten ein Podium, eine Möglichkeit gemeinsamen Handelns, sie prägten Kultur und Sprache der Revolution und artikulierten ihre Forderungen. Das kommt bei Pollack überhaupt nicht vor.

Die Rolle des "Neuen Forums"

Das am 9./10. September 1989 auf dem Grundstück von Katja Havemann gegründete "Neue Forum", das Pollack der Erwähnung nicht würdig findet, bot gemeinsam mit den anderen neuen Bürgerbewegungen erstmals einen Ort der öffentlichen Verständigung. Bislang galt für die meisten kritisch eingestellten Bürger: fliehen oder weiter den Mund halten. Nun gab es die Möglichkeit, in der DDR zu bleiben und sich gegen die SED-Herrschaft zu engagieren: Binnen weniger Wochen bis Anfang Oktober nutzten Tausende Menschen in der gesamten DDR unter hohem persönlichen Risiko ihre Chance. Die DDR veränderte sich von unten, weil Oppositionelle, Bürgerrechtler, Widerständler nach vielen Jahren der Enge nun Mittel und Wege gefunden hatten, zu mobilisieren, Tausende Menschen dort abzuholen, wo sie standen.

Die meisten von Pollacks "Normalbürgern" aber blieben hinter der Gardine stehen und warteten ab. Es ist eine "Mär" zu behaupten, die ostdeutsche Revolution wäre eine Ange-

legenheit einer Mehrheit gewesen. Keine Revolution ist eine Mehrheitsveranstaltung, dann bräuchte es sie nämlich gar nicht. In Revolutionen ringen immer zwei Minderheiten - die alte Macht und die dagegen Aufstehenden - um die dazwischen abwartende Mehrheit. So war es auch in der DDR. Erst als alles entschieden war, nämlich am Wochenende vom 4. und 5. November 1989, als DDR-Menschen über die offene Grenze in die CSSR und von dort direkt in die Bundesrepublik ausreisen konnten und dies bis zum 8. November auch rund fünfzigtausend taten, war die Machtfrage geklärt. Die Maueröffnung am 9. November war ein symbolischer Akt, den die Gesellschaft erzwungen hatte. Die Revolution hatte gesiegt. Ihr Höhepunkt aber war nicht der 9. November, sondern der 9. Oktober 1989.

Am Montag, den 9. Oktober zogen mehr als siebzigtausend Menschen durch die Leipziger Innenstadt. Die SED, obwohl militärische Gewalt bereitstehend, griff nicht ein, ließ die unerwartet große Menschenmenge ziehen und besiegelte so das Ende ihrer Herrschaft. Eine Diktatur, die ihre Macht nicht mit allen Mitteln verteidigt, ist an ihr Ende gelangt. Aber wie sind diese siebzigtausend Menschen auf die Straßen gekommen? Das scheint Detlef Pollack nicht zu wissen. Vielleicht hat er es auch nicht wahrnehmen können, weil der Wissenschaftler der Karl-Marx-Universität Leipzig die Demonstranten aus sicherer Entfernung beobachtete - er weilte zu dieser Zeit in der Schweiz. Dass er sich nicht zum ersten Mal zu einem längeren Forschungsaufenthalt im Westen befand, ist durchaus der Rede wert, denn der Standort eines Autors beeinflusst nicht nur seine Wahrnehmung, sondern auch seinen Standpunkt. Vorsichtig formuliert: Wer das Privileg genoss, Reisekader zu sein, gehörte nicht gerade zu den entschiedensten Gegnern des SED-Staates.

Nach dem Gebet auf die Straße

Diejenigen, die die Leipziger Montagsdemonstrationen als Proteste aus der Kirche in die Gesellschaft trugen, waren, wie ihre Mitstreiter in anderen Städten auch, keine "Normalbürger", keine "Reisekader", keine "angepassten Mitmacher", sondern Oppositionelle, die sich Jahre vor 1989 in Leipzig organisiert hatten und den Staat herausforderten. Dazu gehörten, zum Beispiel, Gesine Oltmanns, Uwe Schwabe, Katrin Hattenhauer oder

Pfarrer Christoph Wonneberger. Ohne ihr jahrelanges Engagement und letztlich ihre Idee, nach dem Montagsgebet auf die Straße zu gehen, hätte es die berühmten Montagsdemonstrationen nicht gegeben. Ihren Rufen "Wir bleiben hier", "Wir wollen Veränderungen", "Für ein freies Land mit freien Menschen" folgten an den Montagen vor dem 9. Oktober zunächst nur Dutzende, dann einige Hunderte.

Der 9. Oktober 1989 ist der symbolische 14. Juli der ostdeutschen Revolution. Er konnte gelingen, weil vieles zusammenkam. Die SED-Führung war nicht mehr in der Lage, ihre Macht durchzusetzen. Revolutionen sind nie gegen starke Herrscher erfolgreich. Und selbst in der SED wurde die Gruppe derjenigen, die noch an den Sinn der "führenden Rolle der SED" glaubten, immer kleiner. Einer dieser "Aufrechten" war Gregor Gysi. Noch am 4. November 1989 hat er diese Führungsrolle der SED auf dem Alexanderplatz verteidigt. Er wurde nicht zufällig der letzte SED-Vorsitzende. Kaum jemand anderem wäre es gelungen, die von der Basis geforderte Auflösung der Partei abzuwenden und die Partei in die neue Zeit zu führen.

Er und seine Partei haben die Aufarbeitung der kommunistischen Diktatur behindert, wo es nur ging. In letzter Zeit nun scheinen die geschichtsvergessenen Signale darauf hinzudeuten, dass Gysi und seine mehrfach umbenannte Partei dazu übergehen, die ostdeutsche Revolutionsgeschichte neu schreiben zu wollen. Sie wollen sie als ihr eigenes Werk hinstellen. Der Beitrag von Detlef Pollack liefert dafür die Interpretation. Die Genossen werden es ihm danken. Der Protest von vielen Gegnern des SED-Regimes ist ihm ebenso sicher wie Gysi, der am 9. Oktober 2019 in Leipzig eine Festrede auf eine Revolution halten wird, für die er nicht nur nichts konnte, sondern gegen die er sich mit allen Mitteln bis zuletzt zu wehren suchte. Das ist kein Beitrag zur Versöhnung - das ist Verhöhnung.

Der Historiker Ilko-Sascha Kowalczuk veröffentlichte 2009 die Studie "Endspiel" zur Revolution von 1989 in der DDR. Demnächst erscheint "Die Übernahme. Wie Ostdeutschland Teil der Bundesrepublik wurde". Derzeit ist er beurlaubter Projektleiter der Forschungsabteilung bei der Berliner Stasiunterlagenbehörde und arbeitet an einer Biographie über Walter Ulbricht.